



Donnerstag, 16.7.2015

Ausgabe 06/2015

Kapitalverkehrs-kontrollen

Liebe Leserin, lieber Leser,

während die Troika (EU, EZB und IWF) sich monatelang mit der griechischen Regierung über die Freigabe der letzten Tranche des Ende Juni ausgelaufenen Hilfsprogramms in Höhe von vergleichsweise läppischen 7,2 Milliarden Euro stritt, hat die EZB, ohne irgendein Mandat der Bürger oder der Parlamente zu benötigen, der griechischen Zentralbank sogenannte ELA-Notkredite von rund 90 Milliarden Euro gewährt.

Das ELA-Programm ist ein Notfallinstrument im europäischen Zentralbankensystem. Es richtet sich an Banken, die sich zeitweise in einer außergewöhnlichen Situation befinden. Gedacht ist es für Geldhäuser, die im Prinzip zahlungsfähig sind, aber vorübergehend Liquiditätsprobleme haben. Ob Banken als solvent gelten oder nicht, beurteilt die EZB. Die Abkürzung ELA steht für die englische Bezeichnung Emergency Liquidity Assistance, also „Dringende Liquiditätshilfe“.

Griechenland-Kompromiss

Seit Wochen beherrschen die Schlagzeilen um Griechenland die Nachrichten. Ob es zum Grexit kommen wird, also dem Ausscheiden Griechenlands aus dem Euro-System, oder nicht, und welche Konsequenzen daraus erwachsen, lässt sich derzeit nicht verlässlich abschätzen. Dieser Artikel entsteht zwei Tage vor dem wieder einmal letzten EU-Sondergipfel, bei dem diese Frage geklärt werden soll.

Wenn wir die Sachlage nüchtern betrachten, dann wäre alles andere als ein Kompromiss zwischen der griechischen Regierung und der Troika eine große Überraschung. Denn Griechenland will in der EU und der Eurozone bleiben, und die übrigen EU-Staaten wollen die Griechen auch um nahezu jeden Preis in selbiger halten. Beste Ausgangspositionen also, um sich am Ende zu einigen. Zumal den Preis dafür schließlich die Bürger entrichten müssen, nicht die Politiker, was es nochmal leichter macht, besonders freigiebig zu sein.

Auch die aktuelle griechische Regierung kann es sich leisten, von ihrer bisherigen Haltung abzurücken, denn schließlich geht Jahr für Jahr dank der Mitgliedschaft in der Eurozone und der EU ein warmer Geldregen auf Griechenland nieder: Fördergelder für Infrastruktur und Kultur, diverse Sondertöpfe zur Wirtschaftsförderung strukturschwacher Regionen und Subventionen für die Landwirtschaft. So flossen in den vergangenen 30 Jahren etwa 200 Milliarden Euro Fördergelder nach Griechenland. Bis 2020 kommen noch einmal 40 Milliarden dazu. Diese Gelder plus neue, billige Kredite von vermutlich weit über 50 Milliarden

Euro plus jahrzehntelange Streckung bisheriger Schulden winken als Belohnung für die widerspenstigen Griechen, wenn auch sie sich wieder der Troika unterwerfen.

Die Macht der EZB

Die eigentliche Macht geht in der EU immer offensichtlicher von der EZB aus. Im Euroraum bewahrt die sie Staaten und Banken vor dem Bankrott. Sie versorgt überschuldete Staaten mit jedem gewünschten Kredit- und Geldbetrag zu Tiefstzinsen. Die vergangenen fünf Jahre haben gezeigt, dass letztlich die von niemanden gewählten EZB-Banker über die Zukunft des Euro bestimmen.

Die EZB hat sich bekanntlich zum Ziel gesetzt, die Zusammensetzung des Euroraums zu bewahren, und das heißt für sie vor allem, durch niedrige Zinsen und das Vermehren der Euro-Geldmenge, Zahlungsausfälle zu verhindern. Wenngleich diese Geldpolitik kurzfristig für Ruhe sorgen kann, wird sie folgenreich sein. **Denn wenn Schulden immer mit neu geschaffenen Geld zurückgezahlt werden, ist die dauerhafte und schleichende Entwertung des Euro unausweichlich.**

Mitte Juni haben die EuGH-Richter der EZB sogar noch einen Freifahrtsschein ausgestellt: Der letzte Verteidigungswall, der die ungehemmte Staatsfinanzierung durch die Notenpresse verhindern sollte, wurde dadurch auch noch eingerissen. Am 15. Juni 2015 verkündete der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg, diejenigen Anleihekäufe der EZB, die mit dem Begriff "OMT" bezeichnet werden (siehe [SWM AG Newsletter-Report 03/2015](#)) würden angeblich nicht die währungspolitischen Befugnisse der Bank überschreiten und nicht gegen das Verbot der monetären Finanzierung von Mitgliedsstaaten verstoßen. Unglaublich, man muss unweigerlich an Unrechtsstaaten denken, die sich auch das Recht so hinbiegen, wie sie es gerade brauchen.

Das EuGH-Urteil hat damit das letzte verbliebene Hindernis aus dem Weg geräumt, das der ungehemmten Staatsfinanzierung mit der elektronischen Notenpresse noch entgegenstand (und zwar durch das Aushebeln von Artikel 123 AEUV, der genau das verbietet, was der EuGH der EZB jetzt erlaubt hat zu praktizieren). **Damit hat die EZB eine höchstrichterliche Ermächtigung erhalten und ist de facto von allen verbliebenen Beschränkungen befreit.** Wir sind mittlerweile in einer EU-Pseudo-Demokratie angekommen. Die EU-Institutionen mit der größten Machtfülle werden von niemanden gewählt.

Kapitalverkehrskontrollen

Kapitalverkehrskontrollen sind das übliche Mittel, um sogenannte Bank-Runs zu verhindern. Von einem Bank-Run spricht man, wenn Bank-Kunden massenweise ihre Konten leerräumen. Das Problem: Nur ein kleiner Teil der Geldmenge von vielleicht 3 Prozent, ist Bargeld, also echtes Geld. Der große Rest der Geldmenge ist Giralgeld. Das sind Forderungen an die Banken auf Herausgabe von Bargeld.

Wenn also nur 10 Prozent der Bevölkerung ihre Konten leerräumen wollten, stünden die Banken vor einem unlösbaren Problem und der Geldschwindel würde offenbar: Die Banken wären nicht in der Lage, ihrer Verpflichtung, der Herausgabe von Bargeld, dem noch gesetzlichen Zahlungsmittel, nachzukommen. Deswegen mehrten sich von Banken und Politik die Stimmen nach einem Bargeldverbot. Hierzu mehr in einer anderen Ausgabe. Es gilt: **Nur Bargeld ist gesetzliches Zahlungsmittel.**

Bei Anordnung von Kapitalverkehrskontrollen werden die Banken vorübergehend ganz

geschlossen und auch Online-Überweisungen sind während dieser Zeit nicht möglich. Wenn die Banken wieder öffnen, werden Auslandsüberweisungen verhindert und Abhebungen auf kleine Beträge begrenzt, wie gerade in Griechenland zu beobachten ist. Viele Ökonomen und Politiker in Europa forderten seit Monaten von der griechischen Regierung Kapitalverkehrskontrollen einzuführen, weil seit Dezember immer mehr Griechen ihr Geld von ihren Konten abgehoben haben. Die griechische Regierung lehnte Kapitalverkehrskontrollen jedoch strikt ab. Dafür hatte sie mindestens zwei gute Gründe:

1. Kapitalverkehrskontrollen behindern das Wirtschaftsleben enorm; auch weil die Unternehmen Schwierigkeiten bekommen, ausländische Rechnungen zu begleichen.

Vor zwei Wochen ließ dann die EZB der griechischen Regierung keine andere Wahl mehr und diese musste nicht nur die ungeliebten Einschränkungen für den Zahlungsverkehr anordnen, sondern obendrein verfügen, dass die Banken des Landes vorübergehend zu schließen seien – Bankfeiertage nennt man das.

So etwas ist übrigens auch im deutschen Kreditwesengesetz gemäß § 46 „bei Gefahr“ vorgesehen. Als Bankkunde sollten Sie diesen Paragraphen 46 KWG kennen, denn irgendwann kann er auch in Deutschland zur Anwendung kommen: Vorübergehende Schließung der Banken, Geld-Auszahlungsbeschränkung und Überweisungsverbot. Darauf sollte man vorbereitet sein!

Die griechische Regierung verkündete Kapitalverkehrskontrollen erst dann, als es nicht mehr anders ging – weil die EZB sich weigerte, wachsende Geldabflüsse bei den griechischen Banken mit ELA-Notkrediten auszugleichen.

Der Grund: Der griechische Staatschef Tsipras brach trotz der fast erreichten Einigung die Verhandlungen in Brüssel am 26.06.2015 ab und kündigte ein Referendum an, um das griechische Volk zu befragen, ob er sich dem Spardiktat aus Brüssel wirklich beugen sollte. Mit einem „Nein“ würden die griechischen Banken sowie der Staat vor dem Bankrott stehen, weshalb die Voraussetzungen für weitere ELA-Kredite nicht mehr gegeben waren. Zudem wollte Brüssel ein „Ja“ der Griechen erreichen, weshalb die Kapitalverkehrskontrollen einerseits notwendig, andererseits aber auch als Druckmittel eingesetzt wurden.

„Warum haben sie uns gezwungen, die Banken zu schließen? Um Angst unter den Leuten zu schüren“, sagte der Ex-Finanzminister Varoufakis. „Und wenn es darum geht, Angst zu verbreiten, dann nennt man dieses Phänomen Terrorismus.“

Übrigens, noch kein einziges Referendum ging pro EU aus! Deshalb fürchten die EU-Technokraten zurecht Volksabstimmungen.

Der monatelange Widerstand in Athen gegen Kapitalverkehrskontrollen hatte weniger mit Trotz gegenüber den Gläubigerländern sondern mehr mit Kalkül zu tun:

2. Kapitalverkehrskontrollen treffen in allererster Linie das eigene Volk, aus diesem Grund war es für Griechenland allemal günstiger, immer mehr Geld bei der EZB nachzufordern, solange dies nur irgendwie möglich war.

Die griechischen Banken wurden zur Achillesverse des Landes: Seit Monaten räumten die Bankkunden ihre Konten leer, aus Sorge darüber, dass bei einer Pleite des Staates auch die Banken nicht überleben würden. Das Geld wurde ins Ausland überwiesen oder einfach in bar abgehoben.

EZB hielt Institute mit Notfallkrediten über Wasser

Im letzten halben Jahr hatten die griechischen Banken mehr als ein Viertel ihrer Einlagen verloren, und zuletzt spitzte sich die Entwicklung dramatisch zu. Mit Kapitalverkehrskontrollen sollte die griechische Regierung sowohl die Überweisungen ins Ausland als auch Bargeld-Abhebungen begrenzen.

Doch in Athen wollte man davon über Monate nichts wissen. Wirklich nötig war es auch nicht. Denn das Geld, das die Kunden bei den griechischen Banken abhoben, wurde jeweils postwendend von der EZB ersetzt. Sie hielt die griechischen Banken mit immer höheren Notfallkrediten über Wasser. Auf rund 90 Milliarden Euro summieren sich diese inzwischen.

Solange die EZB das abfließende Geld stets ersetzte, hatte die Regierung keinen Anreiz, den Einlagenabflüssen entgegenzutreten, denn sie tat ihrem Volk sogar etwas Gutes damit, die Sache einfach immer weiter laufen zu lassen!

Bankkunden wurde das Risiko abgenommen

„Mit den ELA-Notkrediten finanziert das Euro-System die Kapitalflucht aus Griechenland“, war immer wieder zu hören. Das stimmt zwar, aber aus Sicht der griechischen Regierung ergibt sich eine andere Perspektive: Die EZB ermöglichte es den griechischen Bankkunden, Ersparnisse in Sicherheit zu bringen! Weg von den Konten der Banken, die mehr oder weniger nahe am Rande einer Pleite stehen – ab ins sichere Ausland oder in Form von Banknoten unters Kopfkissen.

Während die griechischen Banken so den Privatleuten und Unternehmen in Griechenland immer weniger Geld schulden, wurde die griechische Notenbank zu einem immer größeren Gläubiger der Kreditinstitute – das Risiko wurde also den Bankkunden abgenommen und der Zentralbank aufgebürdet. Formal gesehen haftet zwar nicht die EZB für diese Notkredite, sondern allein die Zentralbank Griechenlands. Doch das ist nur die halbe Wahrheit. Denn die Bank of Greece beschaffte sich das nötige Geld bilanztechnisch dadurch, dass sie ihr Konto bei der EZB immer weiter überzog. Ihre Verbindlichkeiten – bekannt als Target-Saldo – belaufen sich inzwischen auf mehr als 100 Milliarden Euro.

Falls Griechenland aus dem Euro-System ausscheiden würde, wäre dieses Geld für die EZB und die hinter ihr stehenden Staaten verloren. Den griechischen Bankkunden bliebe dagegen ihr Euro-Bargeld und ihre Guthaben bei ausländischen Banken erhalten. Die Kapitalflucht hätte sich für sie ausgezahlt. Das zeigt, warum die Regierung in Athen kein Interesse an Kapitalverkehrskontrollen haben konnte. Sie hätten das Wirtschaftsleben behindert und obendrein die griechischen Bankkunden daran gehindert, sich für eine drohende Staatspleite und einen Neustart zu wappnen.

Die enormen Geldabflüsse von den Banken von zuletzt rund 1 Milliarde Euro pro Tag, wurden von der EZB dadurch beendet, dass sie die ELA-Kredite nicht mehr mit frischem Zentralbankgeld erhöhte. Dadurch wurde die Kontenräumung der Bankkunden zu einer Existenzbedrohung für Griechenlands Banken. Der Regierung blieb keine andere Wahl: Sie musste das Schließen der Banken und Kapitalverkehrskontrollen anordnen. Diese sollen helfen, die Banken fürs erste zu stabilisieren. Gelöst sind deren Probleme damit keineswegs – sollte der Staat in die Pleite rutschen, wären auch die Banken insolvent.

Die aktuelle Situation in Griechenland

Die Not ist groß, über 20.000 Menschen sind in Athen obdachlos und leben auf der Straße. Es gibt Massenarbeitslosigkeit, 3,5 Millionen Griechen haben keine Krankenversicherung mehr und viele müssen sich über die große Anzahl an Suppenküchen ihre tägliche Mahlzeit beschaffen. Dieses Elend, das die griechische Bevölkerung erleiden muss, hat nicht die jetzige Regierung zu verantworten, wie deutsche Medien immer wieder versuchen zu suggerieren, sondern es ist neben der Verschuldung und Reformunfähigkeit der vorherigen Regierungen vor allem eine zwangsläufige Folge des bestehenden Geldsystems seit 1971, das unter allen Umständen Wachstum erzeugen muss, um nicht zu kollabieren.



Circa 20.000 Obdachlose leben derzeit auf den Straßen Athens. Ob das den EU-Technokraten bekannt ist?

Natürlich haben auch die vielen Oligarchen Griechenlands und die von ihnen geschaffene Korruption, Goldman Sachs, der IWF sowie die EU-Institutionen erheblich zur heutigen fatalen Situation in Griechenland beigetragen. Diese Auflistung ist sicher auch nicht vollständig. Jedenfalls war es ein kaum zu verstehender und unglaublicher Wahnsinn, Griechenland wider besseren Wissens in die Eurozone aufzunehmen.

Etwa 170 deutsche Ökonomen hatten eindringlich vor der Einführung des Euros gewarnt!

Egal, was am Sonntag passiert oder auch nicht passiert – nach Lage der Dinge wird kein wesentliches Problem gelöst. Denn diese liegen sehr viel tiefer: Sie sind in den zentralen Mechanismen unseres Geldsystems begründet.

Um das zu verdeutlichen: Aus 1.000 Euro an „echtem Geld“ machen die Banken im bestehenden Geldssystem ungefähr 100.000 Euro an ungedecktem Schuldgeld. 99 Prozent dieser Summe, also 99.0000 Euro bestehen sozusagen aus „heißer Luft“ – doch für diese Geldschöpfung aus dem Nichts verlangen die Banken neben Zinsen noch einiges mehr.

Zusätzlich lassen sie sich nämlich ihre „Großzügigkeit“ mit der Übertragung von Sachwerten versüßen. Aus diesem Grund verlangt die EU jetzt, dass die Griechen für den Schuldendienst ihr Tafelsilber veräußern. „Privatisierungen“ heißt das heute, was nichts anderes meint, als dass ein Volk, in diesem Fall die Griechen, zur Bedienung ihrer Schuldzinsen das Volksvermögen veräußern soll.

Heute sind es die Griechen, die vor dieser Entscheidung stehen – doch weil der Wachstumszwang dieses Geldsystems unerbittlich ist, wird es morgen Italiener, Spanier und Franzosen treffen. Denn die Mechanismen der immer weiter anwachsenden Verschuldung sind neben der Geldentstehung das eigentliche Problem unseres Finanzsystems:

Heute reicht das Wirtschaftswachstum nicht mehr aus, um die fälligen Zinsen, die durch den Zinseszinsseffekt exponentiell ansteigen, ausgleichen zu können. Aus diesem Grund müssen neue Kredite aufgenommen werden, damit genug Geld für die Zinslasten zur Verfügung steht. Das Geldsystem hat sich nach 1971 in ein Schneeballsystem verwandelt, das nur noch so lange überleben kann, wie kreditwürdige Schuldner existieren. Deshalb wird alles andere,

als eine tiefgreifende Reform unseres Geld-, Finanz- und Wirtschaftssystems uns immer neue Maßnahmen zur „Rettung“ der bestehenden Strukturen durch Enteignung aufzwingen.

Fazit:

Aus schuldenbehafteten Vermögenswerten wie Staatsanleihen, Renten- und Lebensversicherungen auszusteigen und in schuldenfreie Vermögenswerte wie physische Edelmetalle umzusteigen, ist deshalb sehr sinnvoll.

Damit sich Anleger vor den Risiken der weltweit ausufernden Verschuldung und ihrer Folgen (Inflation, Kaufkraftverlust und Währungsreform) schützen können, hat die SWM AG das Produkt „Strategic Eternal Value“ entwickelt! [SWM AG Video "Der große Goldbetrug" ansehen!](#) Die [neuesten Videos der SWM AG](#) gibt es auf unserem offiziellen Videokanal, [hier klicken!](#)

Alles über das [Rohstoffmanagement der SWM AG](#) erfahren, [hier klicken!](#)

Gutes Gelingen bei Ihren Entscheidungen
wünscht Ihnen

Ihr

Customer-Service der [SWM AG](#)

eMail: service@sev.li

Tel: +423 - 2 300 182



Nachfolgend ergänzende Informationen zu Edelmetallen:

Edelmetalle langfristig:

Vergleich: letzte 10 Jahre

Linien im Chart	Edelmetall	14.07.05 EUR	14.07.15 EUR	Wertsteigerung in den letzten 10 Jahren	durchschnittliche Wertsteigerung pro Jahr
1 rot	Palladium	145,65	599,27	311%	15,19%
2 blau	Gold	346,90	1047,17	202%	11,68%
3 orange	Silber	5,69	13,94	145%	9,37%
4 grün	Platin	711,68	933,17	31%	2,75%

Chart in US-Dollar für 1 Unze (31,1 Gramm)



Siehe hierzu die SWM AG Videos:

[Marc Faber: Gold und Silber gegen Unfug von Regierungen \(SWM AG\)](#)

[Folker Hellmeyer: Gold- und Silber-Prognose \(SWM AG\)](#)

[Dirk Müller: Es droht Inflation in Deutschland \(SWM AG\)](#)

[SWM AG auf Twitter](#)

[SWM AG auf Youtube](#)

[SWM AG auf Google+](#)

Permanenter Kaufkraftverlust des Papiergelds

Circa 64 % gegenüber Gold in den letzten zehn Jahren!



1 Feinunze Gold in US-Dollar (letzte 10 Jahre)

Der Goldpreis hat sich in den letzten 10 Jahren etwa ver-3-facht.

Der Anstieg von 419 USD auf **1.158 USD** innerhalb von 10 Jahren entspricht einer **durchschnittlichen jährlichen Wertsteigerung von 10,70 %**.

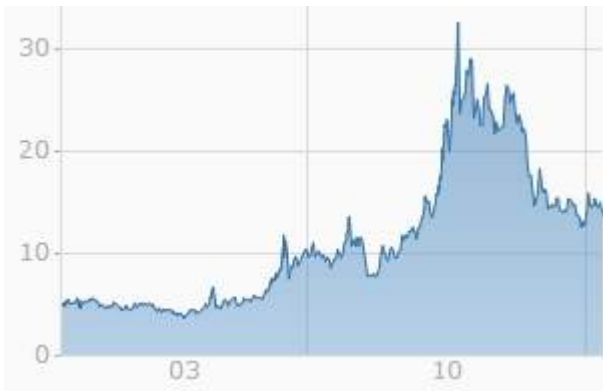
Vor 10 Jahren bekam man für **1.158 Dollar** noch **2,76 Unzen** Gold. Im Juli 2015 erhält man für den gleichen Betrag nur noch **1 Unze** Gold.

Das entspricht einem **Kaufkraftverlust des Papiergelds** gegenüber Gold von rund **64 Prozent** innerhalb von nur 10 Jahren.



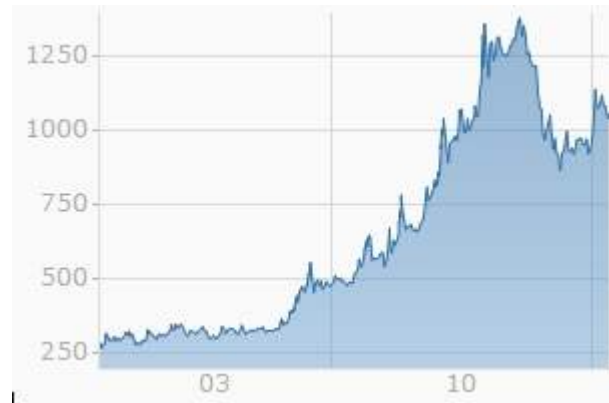
Edelmetalle aktuell - Stand 14.7.2015

1 Unze Silber in Euro



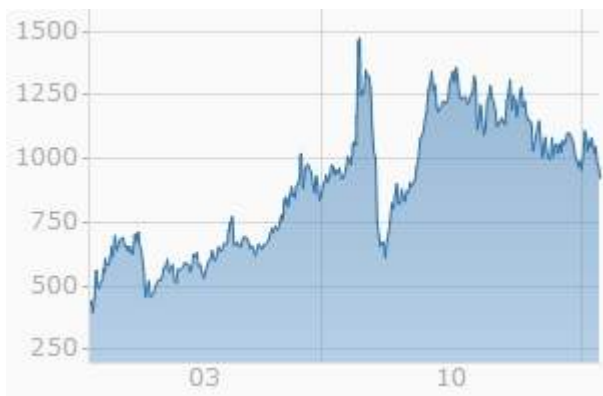
**Wertzuwachs letzte 15 Jahre:
ca. + 177 Prozent**

1 Unze Gold in Euro



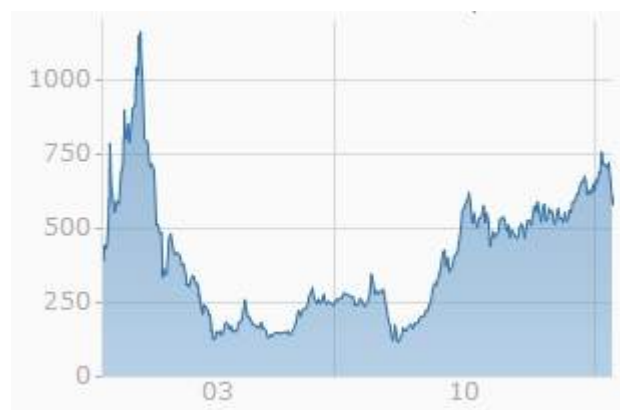
**Wertzuwachs letzte 15 Jahre:
ca. + 260 Prozent**

1 Unze Platin in Euro



**Wertzuwachs letzte 15 Jahre:
ca. + 138 Prozent**

1 Unze Palladium in Euro



**Wertzuwachs letzte 15 Jahre:
ca. + 67 Prozent**

Edelmetalle mittelfristig:

Vergleich: letzte 5 Jahre

Linien im Chart	Edel- metall	14.07.10 EUR	14.07.15 EUR	Wertsteigerung in den letzten 5 Jahren	durchschnittliche Wertsteigerung pro Jahr
1 rot	Palladium	366,48	599,27	64%	10,34%
2 blau	Gold	948,99	1047,17	10%	1,99%
3 orange	Silber	14,35	13,94	-3%	-0,58%
4 grün	Platin	1194,38	933,17	-22%	-4,82%

Chart in US-Dollar für 1 Unze (31,1 Gramm)



Das Newsletter-Archiv der SWM AG finden Sie [hier](#)

Den Video-Kanal der SWM AG finden Sie [hier](#)

Tagesaktuelle Edelmetall-Preise gibt es [hier](#)

Impressum:

SWM AG - Customer Service - Altenbach 1 - FL-9490 Vaduz

eMail: service@sev.li

Website: <http://www.sev.li>

Tel: +423 - 2 300 182



[SWM AG auf Twitter](#)

[SWM AG auf Youtube](#)

[SWM AG auf Google+](#)